

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848

97 (26.11.1848)

Karlsruher Beobachter.

Nr. 97. Sonntag den 26. November 1848.

* Der Karlsruher Miethversicherungs-Verein.

Es gewährt gewiß die höchste Befriedigung, zu sehen, wie inmitten dem Sturme dieser Lage nicht einzig Zerstörung und Zernichtung waltet, sondern wie gerade die Aufregung dieses Sturmes überall fruchtbare Triebe keimen läßt, die der träge Friede vergangener Jahre nicht erwecken konnte. Es bedarf solcher Zeiten der Noth, der höchsten Kraftforderung, um die Hülle zu sprengen und den lebendigen Keim neuer Gestaltungen hervorspreißen zu lassen. Wollte man das doch immer recht bedenken: es würden viele vorlaute Klagen schweigen, viele ungerechte, unverständige Beschuldigungen nicht gehört werden; es ist dieß die einzig vernünftige Anschauung der Dinge. Schaffen wir nur, daß dann einst in friedlicher Entwicklung diese Schöpfungen gedeihen dürfen, welche die Ruhe nicht erzeugen konnte, die aber ein ewigdauernder Sturm verkümmern würde.

Auch in unsern Mauern ist ein neues Werk des Fortschritts begründet worden, ein Werk, hervorgerufen durch die Noth der Zeit, das aber, so hoffen wir, diese seine Mutter lange überleben wird. Schon in den nächsten Tagen soll nämlich der „Verein der Häuserbesitzer zur gegenseitigen Versicherung ihres Miethertrages“ seine Wirksamkeit beginnen. Wir begrüßen diesen Verein aufrichtig als ein Zeugniß ächten gesellschaftlichen Geistes unter unseren Mitbürgern, als eine Schöpfung im Sinne der neuen Zeit, die die Menschen in einem vormals nicht dagewesenen Grade wieder zu gegenseitiger Unterstützung zusammenführt; wir sehen hier eine „soziale“ Einrichtung nicht als einen Ausfluß eines künstlich erdachten, verkümmerten Systemes, sondern wie sie das freie Leben aus sich selber als ein natürliches Bedürfnis geschaffen hat. — Gleichwohl fürchten wir mit gutem Grunde, daß Mißverständnis und Ungerechtigkeit auch in diesem Stücke die schiefsten Urtheile aufstellen und verbreiten werden, und wir lassen deswegen dieser Anzeige des Vereins einige Sätze über seine Absichten und Wirkungen folgen, die hoffentlich das Mißverständnis beseitigen und die Böswilligkeit zu Nichte machen sollen.

Wir haben leider schon hören müssen, wie man den Verein als eine Ausgeburt des Egoismus auffaßt oder verdächtigt, als ob hier die Eigenthümer der Miethwohnungen zusammenträten, um durch Beseitigung der freien Konkurrenz, durch Befriedigung solcher Vermiether, die sonst zu jedem Preise loszuschlagen müßten, die Miethgelder beständig hoch in der Höhe zu halten. Menschen freilich, die selber nie aus anderen Motiven, denn aus Eigennutz gehandelt haben, die mögen nicht begreifen, wie Andere anders handeln können. Plan und Absicht des Vereins ist vielmehr in der Kürze Folgendes: Zu jeder Zeit, hauptsächlich aber gegenwärtig, kommen Häuserbesitzer, wie unsere Stadt deren leider viele Verschuldete

zählt, durch zeitweises, unverschuldetes Leerstehen, ihrer Miethwohnungen in die Lage, ihre Zinsen nicht bezahlen zu können, es erfolgen Zwangsveräußerungen zum Ruin der Familien und mit einer mehr und mehr sinkenden Werthlosigkeit des Grundeigenthums im Gefolge. Dem entgegenzusteuern, vereinigten sich hiesige Häuserbesitzer, um gegenseitig jedem Mitgliede des Vereins zwei Drittel des durchschnittlich ausgemittelten Miethertrages zu versichern. Dadurch soll Manchem, der der augenblicklichen Noth erliegen müßte, eine Brücke gebaut werden in spätere bessere Zeiten, und somit manche einzelne Familie sowie das Gemeinwesen mit geringen Opfern vor unersehlichem Nachtheil behütet werden. Das Einzelne werden die demnächst veröffentlichten Gesetze des Vereins näher ausführen, in welchen durch die besten Mittel gesorgt werden ist, z. B. durch Festsetzung der Entschädigung auf bloße zwei Drittel, durch sorgfältige Ausmittlung des Ertrags, durch regelmäßige häufige Revision der Anschläge u. s. f., daß nicht Leichtsinns auf leichte Art sich bereichere, daß dagegen mit verhältnißmäßig unbedeutendem Opfer wirklich Vortheilhaftes erreicht werde. Wenn nun eine natürliche Folge des Vereins die ist, daß nicht jeder Vermiether gezwungen steht, seine Wohnung um den erbärmlichsten Preis zu vermieten, auf welchen ihn der Miether herabdrücken möchte, sondern er, geschützt durch jene Versicherung auf zwei Drittel, dieses Minimum dem Miether setzen wird, so wird man diese Folge wahrhaftig nicht als einen Wucher, als eine Uebervortheilung ansehen. Man wird zugeben müssen, daß zwar die Vermiether, wie sie sich dieß schuldig sind, ihr Interesse gewahrt haben, aber gewiß ohne alle Verletzung der Billigkeit. Man hat im Interesse der Miether den Anschlag des Ertrags auf's Billigste festgesetzt, und zudem bedenke man, wie viel diese Miether dadurch gewinnen, daß die Mitglieder des Vereins als solche schon gezwungen sind, ihre Wohnungen im besten Stande zu erhalten, um nicht durch eigene Verschuldung um ihre Entschädigungsansprüche zu kommen.

Doch wir fürchten, in den Schein zu gerathen, als hielten wir ernstlich für nöthig, ein Werk zu vertheidigen, dem nur äußerst schwache Einwendungen gemacht werden können. Mögen sich die Männer, die es begründet, nicht irren lassen durch Beschuldigung von Eigennutz, die wahrhaftig vom eigentlichen offensten Eigennutz herrühren, und mögen die segensreichen Wirkungen des Vereins und sein fröhliches Gedeihen am besten alle Anfeindungen zu Nichte machen. Wir wünschen ihnen zum Schlusse, daß mit Veröffentlichung des Plans auch sogleich die hinreichende Anzahl von Mitgliedern beitreten möge, was wohl bei unsern umsichtigen Mitbürgern, die ihren wahren Vortheil nicht verkennen werden, nicht zu bezweifeln steht.

Aus der Zeit.

— Karlsruhe 21. Nov. [108. Sitzung der zweiten Kammer.] Schmitt beantragt, auf das nicht mit der nothwendigen Mehrheit ($\frac{2}{3}$) angenommene, ebendeshalb also abgelehnte Pensionsgesetz zurückzukommen. Staatsrath Bekk theilt die Ansicht und glaubt, daß von Seite der Regierung Etwas geschehen müsse, um nicht in die Lage zu kommen, dem Dienerevite vom Jahr 1818 wieder Geltung verschaffen zu müssen, sie werde daher in Bälde eine Vorlage machen, durch welche entweder das jetzt noch gültige, aber mit dem letzten Dezember d. J. erlöschende Pensionsgesetz für fortwirkend erklärt, oder aber das in vorletzter Sitzung verworfene Gesetz mit einiger Modifikation zur nochmaligen Berathung übergeben werden solle.

— Karlsruhe 22. Nov. [109. Sitzung der zweiten Kammer.] Heute beschäftigte sich die Kammer mit Erledigung von Berichten der Petitionskommission, welche ein allgemeines Interesse nicht darbieten. Eine Petition des Dr. Fies von Plittersdorf verlangt die Herstellung der von Rastatt an den Rhein, wo sich eine fliegende Brücke befindet, ziehenden Straße und die Kammer empfiehlt dieses Gesuch, da Frankreich auf dem linken Rheinufer bereits gebaut hat, dem Staatsministerium

— Frankfurt, 23. Nov. Die Reichsversammlung hat in ihrer heutigen 121. Sitzung auf den Antrag des Abg. Raveaux beschlossen: Das Andenken Robert Blum's durch eine würdige Todtenfeier zu ehren und mit den desfallsigen Einleitungen eine Commission von fünf Mitgliedern zu beauftragen.

— Frankfurt 24. Nov. Der Präsident der Nationalversammlung, H. v. Gagern, ist heute frühe in Begleitung des gestern erst von Berlin zurückgekehrten Reichskommissars Simson ebendahin abgereist. Uebrigens gestalten sich die Zustände in Berlin immer mehr im Sinne der preussischen Regierung. Wir können nur wünschen, daß letztere ihre und des Volkes Zukunft auf eine festere Grundlage baue, als auf die Gunst des Augenblicks.

— Frankfurt, 24. Nov. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung wurden die Abschnitte I. und II. des Verfassungsentwurfs in erster Berathung erledigt. Die Berathung über das Reichsgericht wurde auf die nächste Sitzung vertagt, und der Bericht des internationalen Ausschusses über die limburgische Frage zur Berathung gebracht. Nachdem die Abg. v. Scherpenzeel, Bernhardt, Reichsminister v. Schmerling und der Berichterstatter Zacharia gesprochen, wurde der Ausschussantrag, lautend: 1) Die Centralgewalt wird aufgefordert, gegen die Vollziehung des neuen niederländischen Grundgesetzes im Herzogthum Limburg Verwahrung einzulegen und derselben in jeder andern geeignet scheinenden Weise entgegenzutreten; 2) insoweit bei Ausführung der Beschlüsse vom 19. Juli eine Verständigung oder Vereinbarung mit der herz. limburgischen oder kön. niederländischen Regierung erforderlich ist, dieselbe ohne Aufschub einzuleiten und dem erwähnten Beschlusse gemäß möglichst schleunigst zu einem Abschluß zu bringen; einstimmig angenommen. Auf Antrag des Gesetzgebungsausschusses beschloß sodann die Versammlung, ohne Diskussion den aus den Berathungen der Leipziger Konferenz hervorgegangenen Entwurf einer Wechselordnung unverändert anzunehmen und dessen Verkündung als Reichsgesetz anzuordnen. Das gleichfalls genehmigte Publikationsgesetz lautet: Art. 1. Die nachstehende allgemeine deutsche Wechselordnung tritt mit dem 1. Mai 1849 im deutschen Reiche in Gesetzeskraft. Art. 2. Die zur Ausführung dieser Wechselordnung in den Einzelstaaten etwa erforderlichen, von diesen zu erlassenden Bestimmungen dürfen keine Abänderungen derselben enthalten.

— Frankfurt, 24. Nov. Dem Vernehmen nach hat der

Erzherzog-Reichsverweser die Entlassung des Unterstaatssekretärs Hrn. Bassermann nicht angenommen.

— Berlin, 19. Nov. Die äußerste Linke der Nationalversammlung, deren stets ausgesprochene Befürchtungen freilich gegenwärtig zum Theil in Erfüllung gegangen sind, glaubt sich durch die Verhältnisse berechtigt, ihre maßlosen Pläne gegenwärtig unablässig zu verfolgen und weiter auszubauen. Dieselbe hat namentlich in den letzten Tagen viel daran gearbeitet, aus der Mitte der hier anwesenden Abgeordneten eine Art obersten Verwaltungsausschusses (wir wären fast versucht, es bereits eine verkappte provisorische Regierung zu nennen) zu bilden, und hat aus ihrer Fraktion wirklich fünf Abgeordnete, unter denen die Herren Waldeck, d'Estier, Jacoby, Lemme sich befinden, mit den ausgedehntesten Vollmachten niedergesetzt, ist jedoch bei den andern Parteien auf den entschiedensten Widerspruch gestoßen, so daß der ganze Plan wohl für den Augenblick als aufgegeben zu betrachten ist. — Es ist durchaus unrichtig, wenn in vielen öffentlichen Blättern behauptet worden ist, daß der Beschluß wegen der Steuerverweigerung einstimmig gefaßt sei. Es kann vielmehr auf das Bestimmteste versichert werden, daß eine namhafte Anzahl von Mitgliedern der Versammlung gegen das Steuerverweigerungsgesetz gestimmt hat. Sodann hätte nach §. 13 der Geschäftsordnung nochmals eine zweite Lesung und demnächstige definitive Abstimmung statthaben müssen. So lange diese nicht erfolgt ist, kann jenem Dekret noch in keiner Weise Gültigkeit oder bindende Kraft beigelegt werden. Uebrigens verschmäht das Land größtentheils die Steuerverweigerung und gleicht einem Trunkenen, dem der plötzliche Augenblick einer großen Gefahr die Besinnung wieder gibt. Selbst manche Abgeordnete bereuen den Schritt. Die Nationalversammlung (258 Abgeordnete), sowie die Regierung scheinen zu einer Versöhnung geneigt. Unter diesen Umständen darf man an die Ankunft der Herren Simson und Dergenhahn frohe Hoffnungen knüpfen.

— Berlin, 20. Nov. Während des Belagerungszustandes der Stadt Berlin und Umgegend darf daselbst der bereits ausgeschriebene Bürgerwehrtongress nicht abgehalten werden. — Aus Königsberg wird geschrieben, der Abg. Jacoby (von der äußersten Linken) habe sich brieflich dahin ausgesprochen, daß die in Berlin obwaltende Differenz bald auf dem friedlichsten Wege und gegen alle Erwartung befriedigend sich lösen werde. — Aus dem Konzertsaal des Schauspielhauses (dem bisherigen Sitzungssaal der Nationalversammlung) wurden gestern bereits Sige u. s. w. ten fernt, und es will danach scheinen, als ob dieser Saal seiner ursprünglichen Bestimmung sofort zurückgegeben werden soll. — Durch die Einziehung der Landwehr in mehreren Provinzen wird die Armee um 60 000 Mann vermehrt. Wie verlautet, wird der ehemalige Kriegsminister Fehr. Roth v. Schreckenstein den Oberbefehl der in Schlesien und Posen stehenden Truppen übernehmen.

— Berlin 21. Nov. Der Magistrat richtet in den hiesigen Zeitungen eine Ansprache an seine Mitbürger, worin er erklärt, daß er nach ernster, besonnener und gewissenhafter Erwägung der in Betracht kommenden rechtlichen Verhältnisse es für Pflicht halte, sich über den Standpunkt auszusprechen, den er der Krone, dem Lande und unserer Stadt gegenüber einzunehmen habe. Mit Freuden habe der Magistrat, dies sei bekannt, das Erwachen des Volkes zu nationaler Freiheit und positiver Mündigkeit begrüßt. Es seien jedoch manche hierauf gestützte Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen, indem eine anarchische Faktion in Deutschland und in Preußen sich über die nothwendigen Schranken der Gerechtigkeit und Sittlichkeit hinweggesetzt habe. Diese Faktion habe auch das Heer seinen Führern untreu zu machen und zu demokratisiren, sowie die Regierung zu schwächen und die Bevölkerung

zu empören versucht. Nachdem anderwärts ihre Versuche misslungen, habe sie sich nach Berlin geworfen. Der Magistrat tadelt dann das Verhalten der preussischen Nationalversammlung, die sich dem Einfluß und dem Terrorismus derer preisgegeben, welche die Massen dirigirten. Die nun eingetretenen strengen Maßregeln empfinde er mit Schmerz, weil die Bürgerwehr büßen müsse, was Einzelne verschuldet. Schließlich spricht er die Hoffnung aus, daß das Volk die Bahn des Bürgerkriegs nicht betreten werde. — Dem Vernehmen nach wird von jetzt an das Militär, um Formfehler zu vermeiden, so wenig als möglich selbstständig auftreten, sondern meist nur auf Requisition und unter Verantwortlichkeit des Polizeipräsidenten agiren. Gewiß werden hiermit viele Beschwerden ihre Erledigung finden. — Die aus Frankfurt a. M. zur Vermittelung hier eingetroffenen Reichstagsmitglieder Eimson und Hergenbahn haben bereits mit dem Staatsministerium Konferenzen gehabt. — Die Zurüstungen für den Empfang der Abgeordneten in Brandenburg werden eifrig betrieben. Im Lande folgen Truppenmärsche und Dislocationen ohne Ende; 12,000 M. Landwehr gehen von hier nach Schlessen; eben so viel nach Sachsen, den beiden am meisten aufgeregten Provinzen. Die Maßregel der Steuerverweigerung scheint das Ministerium gar nicht zu berühren und sich als erfolglos zu beweisen. Die Regierung hat bis zum April, wie es heißt, vollauf Staatsgelder zur Disposition.

— Breslau 20. Nov. Gestern Abend wurde ein ernstlicher Versuch zur Herbeiführung eines Konfliktes gemacht; derselbe ist aber mißglückt. Man hat Sturm geläutet ohne allen Erfolg. In einer Volksversammlung wurde gestern die Absetzung des Magistrats und Dr. Engelmann als Haupt der prov. Regierung proklamirt, Suhrauer, Nisch, Breinersdorf sollten gehängt werden. Eine andere Partei wollte Engelmann hängen. Aus der ganzen Sache ist aber nichts geworden. Der Magistrat hat im Gegentheil die Zügel der Regierung wieder allein in die Hand genommen. — Die Sicherheitskommission hat sich gestern aufgelöst; vorgestern schon die Kombination der Vertrauensmänner und der Bürgerwehr und demokratischen Klubs. Bei den Volksversammlungen und den Zusammenrottungen vor dem Rathhause fehlt das Hauptelement, die Arbeiter, die mit ihren kräftigen Armen die Kohlen aus den Feuer holen sollen, sich aber bestens dafür bedanken. Gestern war das Militär fertig zum Einschreiten, alle Thore waren besetzt. Indes erfolgte nichts, da es nicht nöthig war; überhaupt ist eine Wiederholung der Ruhestörung vorläufig nicht zu besorgen.

— Breslau 20. Nov. Trotz der „gemeinschaftlichen Gefahr“ hat die Centralkommission der Bürgerwehrklubs öffentlich erklärt, daß sie ihre bisherige Vereinigung mit den Deputirten der politischen Vereine aufgehoben habe. Und diese Erklärung ist der offizielle Ausdruck eines durch die ganze Stadt hindurchgehenden Bruches zwischen Konstitutionellen und Republikanern. Wir verlanfen diese Wendung der Dinge hauptsächlich dem Parlamentsabgeordneten, Herrn Schöffel, welcher, gestützt auf die entschiedensten Demokraten und namentlich auf den Landwehrverein, bei jeder Gelegenheit zum augenblicklichen Barrikadenbau und zur Proklamirung der Republik aufforderte. Es kam so weit, daß Dr. Engelmann, der neue Oberst unserer Bürgerwehr, ihn drohte, ihn verhaften zu lassen. Nun schwieg er zwar in den gemischten Versammlungen, reizte aber insgeheim seinen Landwehrverein auf, sürmisch Waffen zu verlangen. Dieser Verein erregte auch wirklich einige ziemlich bedeutende Tumulte, öffnete aber dadurch der Mehrzahl der Bürger die Augen.

— Magdeburg, 19. Nov. Die königl. Regierung fordert auf, die Sicherheitsausschüsse aufzulösen. Zu Zwangsmaßregeln

soll die Bürgerwehr zu requiriren sein. Eben so befiehlt sie die Auflösung aller neben der Bürgerwehr bestehenden bewaffneten Corps.

— In Halle hat sich zu Aufrechthaltung von Gesetz und Ordnung ein fliegendes Corps der Studenten, 150 Mann stark, gebildet. Am 15. Nov. Abends sollte dasselbe von dem (revolutionären) Sicherheitsausschuß aufgelöst werden, fügte sich aber nicht und erklärte sich am 15. gegen den Sicherheitsausschuß. Es soll sich dem Oberst von der Linie v. Blumenthal zur Verfügung gestellt haben. Der Sicherheitsausschuß hat sich übrigens in Folge der Proklamation des Oberpräsidenten von selbst aufgelöst. Am 19. kam es aus Anlaß einer demokratischen Volksversammlung, welche durch einen Bajonettangriff der Bürgerwehr zerstreut wurde, zu einem Zusammenstoß zwischen dieser und den Pikenmännern, welche nun entwaffnet sind. Mehrere Häupter der Republikaner wurden von der Bürgerwehr festgenommen, zwei davon, Weinschenk Rawald und Schullehrer Weißgerber, waren in Weinfässern versteckt.

— Köln, 22. Novbr. In einer am Sonntage gehaltenen Volksversammlung war der Beschluß gefaßt worden, den hiesigen Gemeinderath um Abdankung anzufragen. Der Gemeinderath trat heute Mittags deßfalls in Berathung, und der Erfolg war eine an den Straßenecken angeheftete Veröffentlichung, welche neues Mißfallen hervorbrachte und von den Rednern bei einer Volksversammlung zu weiterer Aufregung benutzt wurde. Gegen Abend wurden in der Wohnung des kommiss. Oberbürgermeisters unter wüstem Geschrei sämtliche Fenster und Läden des Erdgeschosses und des ersten Stockes zertrümmert und arge Verwüstungen angerichtet. Bald nachher erschien ein Haufe von meist Gassenbuben — jedoch geführt von mehreren wohlgekleideten Herren — vor dem Lokale der Expedition der Kölnischen Zeitung, und zertrümmerte einige Fenster mit so schweren Steinen, daß auch zwei Läden zersplitterten. Bevor noch Militär erschien, war die Straße leer. Von weiteren Angriffen auf Personen oder Eigenthum ist uns bis jetzt keine Kunde geworden. Alle Staatsgebäude waren mit Militär besetzt worden, starke Patrouillen durchzogen bis spät die Straßen, auf denen jetzt die gewöhnliche Ruhe herrscht. — In der gestrigen Volksversammlung ward der Antrag gestellt, den Abg. Raveaux sofort aus Frankfurt abzurufen, damit derselbe die obere Leitung der ganzen hiesigen Bewegung übernehme.

— Düsseldorf, 22. Nov. Laut Bekanntmachung vom heutigen Tage erklären der Generallieutenant v. Drigalski und der Regierungspräsident v. Spiegel wegen der Stellung, welche die hiesige Bürgerwehr in dem Konflikte mit der Krone angenommen, die Gesamtgemeinde Düsseldorf in Belagerungszustand.

— Düsseldorf, 23. Nov. Das Offiziercorps der Bürgerwehr hat gegen den Belagerungszustand der Stadt protestirt.

— In Bonn ist die Bürgerwehr als suspendirt erklärt.

— Guben 19. Nov. Seit dem 17. Nov. werden von einem Theile der hiesigen Einwohner die Steuern verweigert; das Steueramt ist geschlossen, weil die Beamten doch der Gewalt hätten weichen müssen. In der Nacht vom 17. zum 18. Nov. ist die Kasse des Salzamtes geplündert worden; seitdem hat die Bürgerwehr die Wachen bezogen und die Kassen beschützt.

— Dresden, 18. Nov. An der Thomaskirche in Leipzig hat Hr. Dr. Großmann sein Amt als Superintendent niedergelegt, weil ihm durch die Volksversammlung zur Todtenfeier Robert Blum's die Kirche entweiht scheint. Von der Kanzel herab wurde nämlich die Versammlung geordnet, von der Kanzel sprachen die Redner. Viele behielten die Hüte auf; ja, das

Bildnis Blum's wurde von Einigen am Altare aufgestellt, und Mehrere haben sogar Cigarren geraucht.

— Aus Holstein, 20. Nov. Die Wahl in die deutsche Reichsversammlung für den ausgetretenen Hrn. v. Neergard ist mit 3963 von 4551 abgegebenen Stimmen auf Hrn. W. G. Bessler gefallen. Der Rest fiel fast durchgehends auf Th. D. Haufen.

— Raxeburg 15. Nov. Heute fand die feierliche Instillirung der höchsten Landesbehörde durch den Reichskommissarius Stadtmann und den dänischen Bevollmächtigten, Herrn E. von Plessen, statt. Sie besteht aus dem Grafen von Kielmannsegge, als Präsidenten und den Justizräthen Walther und Hochstädt.

— Wien, 19. Nov. Die Aufforderung des Fürsten Windischgrätz an die Ungarn zur Unterwerfung ist ergangen. Sämmtliche Offiziere der ungarischen Armee wurden aufgefordert, bis zum 26. d. M. zur österreichischen Armee zurückzukehren, widrigenfalls sie als Hochverräther erklärt und behandelt werden würden. Der erste Angriff der Ungarn dürfte also erst nach dem 26. erfolgen. — Im Innern der Burg wird stark an Instandsetzung der Gemächer, welche Se. Maj. der Kaiser zu bewohnen pflegen, gearbeitet, welches uns eine baldige Rückkehr desselben von Olmütz nach Wien hoffen läßt.

— Wien, 20. Nov. Das neue Ministerium ist nach vielen Schwierigkeiten nun endlich zusammengesetzt und die Mitglieder desselben (Fürst Schwarzenberg, Graf Stadion, v. Bruck, Gen. Frhr. v. Cordon, Dr. Bach und v. Thunfeld) werden heute Abend aus Olmütz zurück erwartet. Als gute Vorbedeutung für das neue Kabinet mag es gelten, daß es sich einem Vernehmen nach namentlich den Bemühungen und der festen Erklärung der H. H. Stadion, Bruck und Bach gelungen sei, Se. Maj. den Kaiser zu mancher Konzession in Betreff seiner nächsten Umgebung zu vermögen. — Man versichert, die Hinrichtungen sollen von nun an aufhören. — Aus Olmütz meldet man die Ankunft des ungarischen Kriegsministers Meszaros und einer ungarischen Deputation. Diefelben seien, wie es heißt, in Friedensunterhandlungen getreten. Als Grundbedingungen nennt man die früher von Jellachich gemachten Vorschläge und außerdem eine allgemeine Amnestie für die ungarische Armee. — Die Vorlesungen an der Hochschule sollen im Laufe des Dezembers wieder beginnen, aber für die fünf Fakultäten in fünf verschiedenen Gebäuden. Die Verhafteten wurden in Masse freigelassen, aber auch neue Verhaftungen fanden statt. — Die Agramer Zeitg. vom 18. Nov. enthält drei neue Proklamationen des Kaisers an Ungarn, Kroatten, Slavonien und Siebenbürgen, alle aus Olmütz datirt, vom 20. Okt., 6. und 7. Nov., wodurch das jezige Regiment in Ungarn nebst allen vom „gefehrlich aufgelösten“ Reichstage getroffenen Maßregeln für null und nichtig, Kossuth und Genossen für Landesverräther erklärt und alle Obrigkeitern und Bewohner aufgefordert werden den Anordnungen und Maßregeln des zur Wiederherstellung der Ordnung und Bewältigung des Aufruhrs mit allen unsern Vollmachten versehenen und entsendeten Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz unbedingten Gehorsam zu leisten. Jeder Nationalität wird gleicher Schutz und gleiches Recht verheißen, auf der Grundlage der konstitutionellen Rechte und Freiheiten, die so wenig angetastet oder beeinträchtigt werden sollen, als die Zugeständnisse in Betreff der bäuerlichen Verhältnisse. — Auf der andern Seite hat Kossuth in der Pesther Zeitung sich gegen jeden Gedanken eines Zugeständnisses erklärt, selbst den von Borroich vorgeschlagenen und vom Wiener Reichstage angenommenen Kongreß der Völker Ungarns entschieden verworfen und dem Kaiserhause nichts in Aussicht gestellt, als höchstens und vielleicht die Personalunion.

— Bern, 21. Novemb. Der Berort hielt letzten Sonntag Nachmittag eine außerordentliche und nun letzte Sitzung; es soll sich nämlich um eine Art Kriegserklärung, d. h. Exerze von Seite der deutschen Centralgewalt gehandelt haben. Die Organisation des Bundesraths wurde wegen dieser Angelegenheit beschleunigt. — Die Angabe der Berner Zeitung, daß eine Reichsarmee von 50,000 Mann gegen die Schweiz aufbrechen solle, ist übertrieben. Daß an der Grenze schon Militär steht, ist richtig;

im Ganzen sind 9 Bataillone Infanterie, 4 Schwadronen Reiterei, und 3 Batterien Artillerie als Beobachtungskorps aufgestellt.

— Paris 20. Nov. Der deutsche Reichsgesandte, Herr von Rauter, hat von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Bastide, eine kategorische Erklärung verlangt in Betreff der Verzögerung seines offiziellen Empfanges. Herr Bastide hat die Ertheilung einer kategorischen Antwort hierüber erst nach der Wahl des Präsidenten der Republik erfolgen lassen zu können erklärt. — In einigen Kreisen heißt es, von Seiten der Kabinette von England und Frankreich werde den übrigen Mächten ein Plan zu einer allgemeinen Pacifikation Europas vorgelegt werden. — Die Regierung erhielt diesen Morgen außerordentliche Depeschen des Herrn Arago, ihres Gesandten in Berlin. Es versammelte sich sofort der Ministerrath. Es heißt, diese Depeschen hätten die Nachricht überbracht, daß der König von Preußen zu Gunsten seines Bruders, des Prinzen von Preußen, die Krone niederlegen wolle. (?)

— Paris, 22. Nov. Die Nationalversammlung genehmigte im Beginne ihrer heutigen Sitzung einen Gesetzesentwurf für Bewilligung eines Kredits von 600,000 Frs. für die Ausstellung französischer Industrieerzeugnisse im Jahre 1849. — Im Konferenzsaale der Nationalversammlung hieß es heute, die nach England geflüchteten Hrn. Blanc und Caussidiere seien unter Zusage freier Geleites aufgefordert worden, für den nächsten Samstag nach Paris zu kommen, um in der auf diesen Tag festgesetzten Interpellationssitzung erforderlichen Falles als Zeugen vernommen zu werden. Mit großer Spannung sieht das Publikum dieser Sitzung entgegen, in der, wie in Aussicht gestellt worden, die genaue Wahrheit über die Juniereignisse an das Tageslicht gebracht werden soll. Es wird dieser Tag entscheidend sein für die ganze Zukunft des General Cavaignac. Gegen ihn, welchen man seit den Sonntag als den Wiederhersteller der öffentlichen Ruhe und Ordnung gepriesen und geehrt, ist in den letzten Tagen von mehreren Seiten in verschiedenen Kreisen die fürchterliche Beschuldigung laut geworden, er habe, ein zweiter politischer Cromwell, auf Schlechtwegen den entzweigten Kampf des 23. Juni herbeigeführt, um sich der Diktatur zu bemächtigen. Gelingt es ihm nicht, diese Beschuldigungen auf das Unzweifelhafteste als schändliche Verleumdung hinzustellen, so werden viele Wähler ihm ihre Stimmen bei der Präsidentenwahl entziehen.

— Aus Sardinien. Einen schlagenderen Beweis dafür, wie wenig politischen Sinn die italienischen Bevölkerungen haben, gibt es wohl nicht, als die fast unglückliche Gleichgültigkeit bei den Wahlen. In Sardinien gibt es Wahlkollegien von 400 bis 500 Wählern, wo man Mühe hatte, auch nur 15 Wähler zur Vornahme des Wahlsakts zusammen zu bekommen. Die 139 Abgeordneten der Turiner Kammer sind noch von keinen 5000 Stimmen gewählt.

— Rom 15. Nov. Minister Graf Rossi (früher französischer Botschafter in Rom) ist auf dem Wege zu der Kammereröffnung, welche an diesem Tage stattfand, als er mit dem Fürsten Massimo aus dem Wagen stieg, mit zwei Dolchstichen ermordet worden. Rossi war den Crallados ein Stein des Anstoßes, da er der eingerissenen Geisteslosigkeit kräftig steuerte. Für den Kirchenstaat ist sein Tod ein schwerer Verlust, da er begonnen hatte, in dem Augiasstall der römischen Verwaltung aufzuräumen. — Rom ist nun ohne Vollziehungsbehörde. Das Kabinet, an dessen Spitze Rossi stand, hat sich im Schrecken aufgelöst. Der Kriegsminister, General Zucchi, der unter den jetzigen Umständen bei seiner Charakterfestigkeit von größtem Nutzen wäre, befindet sich in Bologna, wo er der dortigen Mordewirtschaft ein Ende machte. Rom ist jetzt den wüthendsten Demokraten und ihren Mordgesellen preisgegeben.

— Constantinopel, 1. Nov. Vor einiger Zeit haben hier die Juden das Haus eines ihrer Glaubensgenossen, Mercili Djalger, zerstört und seine Familie mißhandelt, weil er an einem jüdischen Festtage arbeiten ließ. Die türkische Polizei hat einige der Juden in die Flohgefängnisse gebracht, denn, obgleich die Fiskalkammer abgeschafft ist, bestehen doch die Flohkammern noch fort.

— Nach Berichten aus New-York vom 8. Nov. war das Ergebnis des Tags zuvor überall in den Vereinigten Staaten stattgehabten Präsidentenwahl, so weit es in New-York durch den elektrischen Telegraphen bereits bekannt geworden, die Wahl des Generals Taylor. So viel bekannt, war die Ordnung nirgendwo gestört worden.